

Zum neuen Finanzloch in der Basellandschaftlichen Pensionskasse

# Nicht auf dem Buckel der Steuerzahler!

Von Thomas Dähler



Wenn eine private Pensionskasse in Schwierigkeiten gerät, schiessen Arbeitgeber und Arbeitnehmer normalerweise zu gleichen Teilen so lange Geld ein, bis

die Deckungslücke wieder behoben ist. Beim Staat ist dies nicht so. Im Falle der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) haben die Stimmberechtigten 2013 beschlossen, dass die Unterdeckung der Kasse von der öffentlichen Hand zu tragen ist. Allein die Forderung der BLPK an den Kanton belief sich in der Folge am Stichtag Ende 2014 auf rund 1,5 Milliarden Franken, abzüglich der Auflösung vorhandener Rückstellungen von etwa einer halben Milliarde. Die Steuerzahler werden – so der Plan – die Verschuldung während 20 Jahren abstottern müssen. Ab wann, ist offen; der aktuell gültige Finanzplan sieht vor, mit den Abzahlungen 2018 zu beginnen.

Doch damit nicht genug: Parallel dazu müssen die Steuerzahler auch für die Arbeitgeberbeitragsreserve von 329 Millionen Franken aufkommen, mit der wegen der ungenügenden Rendite die bereits wieder aufgetretene neue Deckungslücke finanziert werden muss. Nach der inzwischen per Ende Jahr von der BLPK beschlossenen Senkung des technischen Zinssatzes ist klar, dass diese Arbeitgeberbeitragsreserve gänzlich aufgebraucht wird. Mehr noch: Der Kanton könnte sich sogar dazu gezwungen sehen, noch einen höheren Fehlbetrag ordentlich finanzieren zu müssen. De facto würde damit die Defizitgarantie des Staates für das Loch in der Pensionskasse in Anspruch genommen.

Damit wird deutlich, dass die Schönwetterprognosen bei der Pensionskassen-Abstimmung von 2013 nicht eingetroffen sind. Im Gegenteil: Die Steuerzahler kommen nicht nur für die milliardenteure Sanierung der BLPK samt Zinsen auf, sondern auch für die fällig werdende Arbeitgeberreserve und für zusätzliche Beiträge zur Behebung der Unterdeckung der Kasse. Für

mögliche Probleme in der Zukunft ständen zudem keinerlei Reserven mehr bereit. Der Kanton Baselland hat sich mit der Vollkapitalisierung seiner Pensionskasse übernommen. Die Sanierung von 2013 war ein Flop.

Naheliegender wäre es jetzt, die Fehler in einer neuen Sanierungsvorlage zu korrigieren. Doch weit gefehlt: Mehr als die neuen Fehlbeträge wieder einzu-

## Künftige Probleme der Pensionskasse dürfen nicht gleich wieder in den Abgrund führen.

schliessen, sehen die Verantwortlichen im Kanton nicht vor. Das aber ist ungenügend: Das Vorsorgewerk des Kantons müssten sie unbedingt längerfristig fit machen, damit künftige Probleme die Kasse nicht gleich wieder in den Abgrund führen. Ohne Wertschwankungsreserve geht das nicht.

Denn neue Probleme werden auf dem Fuss folgen: Die von der BLPK angekündigte Senkung des Umwand-

lungssatzes von 5,8 auf fünf Prozent ab 2019 wird dazu führen, dass sich viele in eine Frühpensionierung retten – so wie es auch Geschäftsleiter Hans Peter Simeon persönlich vordemonstriert. Mit der Frühpensionierung können sich mehrere betroffene Jahrgänge vor den Folgen der Fehleinschätzungen der letzten Jahre retten und noch den alten Umwandlungssatz beanspruchen.

Geschehen darf dies aber nicht allein auf dem Buckel der Steuerzahler. Diese sehen sich ohnehin oft schon damit konfrontiert, auch privat für die eigene Pensionskasse Sanierungszahlungen leisten zu müssen. Damit wären wir bei den einst verspotteten Forderungen der Gegner der Sanierungsvorlage von 2013: Die Staatsangestellten müssen für das Loch in der Kasse den Arbeitnehmeranteil selber übernehmen, und die Luxusstandards der BLPK sind auf normale Standards in der Privatwirtschaft zu reduzieren. Das wird nur mit einer neuen Sanierungsvorlage gehen. Eine solide Lösung ist allemal besser als die Fortsetzung der Politik des ständigen Löcherstopfens durch die Steuerzahler. thomas daehler@baz.ch

## Lauber erhebt Einspruch gegen die USR-III-Zahlen des Nein-Komitees

Der Finanzdirektor bezeichnet das Datenmaterial als veraltet

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Nein, er sei nicht nervös geworden, sagte Finanzdirektor Anton Lauber gestern zu Beginn der Medienkonferenz über die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III (USR III) auf die Gemeinden. Die Pressekonferenz sei schon Ende des letzten Jahres geplant gewesen. Praktisch liefen seine Ausführungen aber doch auf eine Berichtigung der Zahlen hinaus, die das Nein-Komitee in den vergangenen Tagen kolportiert hatte. Diese seien statisch und gingen von einer falschen Ausgangslage aus. «Und sie beruhen auf veraltetem Datenmaterial», sagte Lauber. Dieses stamme vom August 2016. Als Neuigkeit kündigte der Finanzdirektor Begleitmassnahmen zur USR III zur Entlastung der privaten Haushalte an.

Definitiv ist zwar noch nichts. Die regierungsrätliche Vorlage zur Umsetzung der USR III ist erst auf Ende Februar angesagt. Aber offenbar lässt der Umstand, dass die Steuerausfälle tiefer als veranschlagt ausfallen dürften, auch ein Zückerchen für die privaten Haushalte zu. Der Finanzdirektor hat dabei zwei alternative Möglichkeiten ins Auge gefasst. Entweder eine Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen um 50 bis 100 Franken oder eine Erhöhung von Steuerabzügen, beispielsweise des Versicherungsabzugs. Erstere Massnahme würde zulasten der Arbeitgeber gehen, die andere zu Mindereinnahmen bei den Steuern von Kanton und Gemeinden führen.

Hauptsächlich ging es aber Finanzdirektor Lauber gestern um seinen «Einspruch» gegen die Zahlen des Nein-Komitees zu den USR-III-bedingten Ausfällen für die Gemeinden. Und da benützte

Lauber deutliche Worte. Von einer «unseriösen Ausfallberechnung» sprach er und von einer «statischen Berechnung ohne Berücksichtigung der Gegenfinanzierung». Die vom Nein-Komitee verwendeten Zahlen stammten vom August 2016 und seien überholt. Insbesondere berücksichtigten sie die aktuellen Erkenntnisse der Unternehmen und das Gewinnwachstum nicht. Ebenso blieben die Verteilung des Bundessteueranteils unter den Gemeinden sowie der Finanzausgleich unberücksichtigt.

Alle diese Faktoren aber hatten dazu geführt, dass die Steuereinnahmen ab 2024 im Dezember wesentlich tiefer geschätzt werden als noch im August: nämlich nur noch auf minus vier Millionen für den Kanton und minus zwei Millionen für die Gemeinden. Für Liestal errechnete der Kanton ab 2024 gar einen Mehrertrag von 770 000 Franken, wogegen das Nein-Komitee von einem Minderertrag von 1,3 Millionen Franken ausgegangen war.

### Investition in die Zukunft

Unbestritten blieb gestern freilich die Tatsache, dass in den ersten drei Jahren (2019 bis 2021) der stufenweisen Einführung der USR III mit erheblichen Steuerausfällen gerechnet werden muss. «Aber das erachten wir als Investition in die Zukunft», sagte Lauber.

Über die USR III wird am 12. Februar an der Urne abgestimmt. Sie ist eine Massnahme zur Abfederung der Abschaffung von Steuerprivilegien der Statusgesellschaften. Der Kanton Basel-Land will den Gewinnsteuersatz gestaffelt über fünf Jahre von heute 20,7 auf neu knapp 14 Prozent senken. Profitieren werden davon primär die KMU.

## Zeitschaltuhren gegen Einbrecher

Präventionskampagne der Baselbieter Polizei

**Liestal.** «Signalisieren Sie Anwesenheit!», fordert die Baselbieter Polizei die Bevölkerung auf und liefert das Rezept und die Zutat gleich mit: In einer Kampagne zur Einbruchsprävention verteilt die Polizei kostenlos Zeitschaltuhren. Mit deren Hilfe sollen Dämmerungseinbrecher davon abgehalten werden, in Wohnungen einzusteigen, indem vorgaukelt wird, man sei zu Hause. Mit den Geräten können die Bewohner während ihrer Abwesenheit verschiedene Lichtquellen aktivieren.

Ab dem kommenden Montag, 23. Januar, verteilt die Polizei auf jedem Polizeiposten gratis Zeitschaltuhren an die Bevölkerung. Gleichzeitig mit den Geräten wird der Präventionsflyer des Polizeikonkordats Nordwestschweiz zum Thema Dämmerungseinbruch

abgegeben, mit folgenden Empfehlungen: Achten Sie darauf, dass Aussentüren abgeschlossen und die Fenster sowie Läden und Rollläden im Parterre geschlossen und gesichert sind. Lassen Sie die Aussenbeleuchtung brennen. Ideal sind Bewegungsmelder, gekoppelt mit Halogenleuchten. Simulieren Sie mit Licht im Innenraum Anwesenheit. Bewahren Sie Schmuck und Wertsachen sicher auf, wenn möglich in einem Bankschliessfach oder in einem eingemauerten Tresor mit Zahlenkombinationsschloss. Seien Sie aufmerksam und rufen Sie die Polizei, wenn Sie etwas Verdächtiges feststellen: Polizeinotruf 112.

Für Fragen steht die Beratungsstelle für Verbrechensprävention zur Verfügung (Tel. 061 553 30 66). ch



**Aesch Nord.** Der Durchstich, also der Zubringer Pfeffingerring, soll das prosperierende Gewerbegebiet besser erschliessen und aufwerten.

## Einsprache droht Durchstich zu verzögern

Bauvergabe für den Zubringer Pfeffingerring stockt

Von Tobias Gfeller

**Aesch.** Eigentlich hätte das «Mittwochsgespräch» ein feierlicher Abend im Zeichen der Aescher Zukunft werden sollen. Der Gemeinderat wollte die Fortschritte bei der Zonenplanrevision, beim Gewerbegebiet Aesch Nord und beim Zubringer Pfeffingerring – bekannt als Durchstich – präsentieren. Der feierliche Abend wird aber von einer Einsprache gegen die im Dezember erteilte Bauvergabe für das 22,4-Millionen-Franken-Projekt getrübt. «Das ist ein Tiefschlag», versuchte Gemeindepräsidentin Marianne Hollinger (FDP) erst gar nicht ihre Enttäuschung zu verbergen.

Bereits wurde in den letzten Wochen mit den Vorarbeiten begonnen. Die Einsprache für die sechs bei der Bauausschreibung unterlegenen Baufirmen lief vorgestern Mittwoch ab. Bis heute Freitag sollten die gerichtlichen Einsprachen beim Kanton eintreffen. Es sei deshalb noch nicht ganz sicher, ob es wirklich zu einer Einsprache kommt, betont Projektleiter Boris Kunze. «Wir haben noch nichts Schriftliches erhalten.»

### Die Frage nach dem Wann

Doch Gespräche mit den Baufirmen sprächen eindeutig für eine Einsprache, betont Andreas Netz vom Ingenieurbüro Jauslin + Stebler, das für den Kanton den Durchstich plant. Eine Einsprache sei deshalb «höchst wahrscheinlich». Wird diese Tatsache, müsste ein Gericht darüber entscheiden.

Kommt es tatsächlich zu einer Einsprache, hätte dies eine monatelange

Verzögerung zur Folge. Sehr zum Missfallen von Gemeindepräsidentin Marianne Hollinger. «Wir wollten heute Abend eigentlich feiern. Jetzt müssen wir uns mit der neuen Situation abfinden.»

Mit der Einsprache erhält das Aescher Herzensprojekt einen herben Dämpfer. Für die Entwicklungen in Aesch Nord, wo Aesch grosszügig neue Gewerbe- und Wohnflächen plant, habe die Verzögerung keine negativen Folgen, ist Hollinger überzeugt. «Es ist jetzt 25 Jahre nichts passiert. Da machen ein paar Monate auch nicht viel aus.» Wichtig sei, dass der Durchstich alle Entscheidungshürden erfolgreich genommen hat. «Der Durchstich kommt. Die Frage ist jetzt nur wann?»

### Qualität vor Preis

Über die Gründe der wahrscheinlichen Einsprache ist noch nichts bekannt. Klar ist aber: Die Bauausschreibung gewann nicht die preisgünstigste Firma. Der Preis war zwar ein Faktor, aber nicht alles entscheidend, erklärt Andreas Netz. «Wir haben unser Augenmerk stark auf die Qualität der Offerten gelegt. Erst am Ende kam der Preis als Faktor hinzu.»

Ingenieur Andreas Netz und Projektleiter Boris Kunze raten von Panikmache ab. Denn bisher sei der Durchstich enorm schnell vorangekommen. «Ich habe bis anhin noch nie gesehen, dass ein solches Bauprojekt so rasch durch Verwaltungen und Politik marschierte. Wir sind also sehr gut im Zeitplan.» Die Bauarbeiten für den Durchstich dauern voraussichtlich drei Jahre.

## Einwohnerrat nimmt Bahnhof in Angriff

Ja zum Quartierplan «Grammet»

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Der Liestaler Einwohnerrat hat am Mittwochabend einen ersten Entscheid im Zusammenhang mit der Neugestaltung des neuen Liestaler Bahnhofs gefällt. Keinen weltbewegenden zwar, aber von einzelnen Fraktionsprechern wurde die Inangriffnahme des Quartierplans (QP) «Bahnhofscorso» gleichwohl als «historisch» bezeichnet. Der QP umfasst drei Baukörper, nämlich das eigentliche Bahnhofgebäude, ein Bürogebäude mit sechs Vollgeschossen und ein Hochhaus mit 15 Vollgeschossen, gegen das sich in jüngster Zeit leiser Widerstand geregt hat.

Letzteres war denn auch der Grund, weshalb Pascal Porchet (FDP) den Einwohnerrat mahnte, sich ja Zeit zu nehmen für den Quartierplan und «in die Tiefe zu gehen». Auch dürfe der Einwohnerrat keinen Beschluss fällen, den die Bevölkerung nicht verstehe. Abgesehen von Porchets mahnenden Worten waren am Mittwoch im Stadtparlament aber nur positive Voten zur Neugestaltung des Bahnhofsareals zu hören. Materiell wurde indessen noch nichts beschlossen. Der QP wurde am Mittwoch erst der Bau- und Planungskommission zur Vorberatung überwiesen.

### QP «Grammet» verabschiedet

Einstimmig genehmigt wurde dagegen der Quartierplan «Grammet», mit 168 Wohnungen und 76 Millionen Franken Projektkosten der bisher grösste Liestaler QP. Dies, nachdem bei der ersten Lesung Ende Dezember plötzlich kritische Stimmen in Bezug auf die Liestaler Wachstumsstrategie laut geworden waren. Der Einwohnerrat hiess allerdings auch noch einen Zusatzantrag gut.

Mit diesem wird der Stadtrat eingeladen, in den Verhandlungen um den Quartierplanvertrag so einzuwirken, dass sich die Investoren – Bürgergemeinde Liestal und Credit Suisse – angesichts des Mehrwerts an den beiden vorgesehenen Kindergärten mit einem substanzialen Betrag beteiligen.

## Nachrichten

### Heftige Kollision auf Autobahnauffahrt

**Muttenz.** Ein schwerer Auffahrunfall auf der Autobahnauffahrt zur A2 bei Muttenz forderte am Donnerstagmorgen eine verletzte Person. Wie die Polizei mitteilt, fuhr eine 25-jährige Autolenkerin auf der Einspurstrecke auf das Heck des Autos vor ihr auf. Durch die Wucht des Aufpralls kollidierte das angefahrne Auto frontal mit der Leitplanke und touchierte ein drittes Fahrzeug.

### Synode wählt Kirchenrat und Vorstand

**Liestal.** Im Zentrum der Synode der Evangelisch-reformierten Kirche Basel-Land vom kommenden Mittwoch stehen die Wahlen für die Legislatur von 2017 bis 2020. Die bisherige Vizepräsidentin der Synode, Andrea Heber, stellt sich für das Präsidium zur Wahl, Hanspeter Thommen kandidiert für das Präsidium. Mit Christoph Erhardt, Vizepräsident und Finanzchef, und Renate Bühler, Departement weltweite Kirche, treten per Mitte Jahr zwei Kirchenräte zurück. Es kandidieren Sandra Bättscher, Synodepräsidentin 2013 bis 2016, sowie Niggi Ullrich.

### Vorletzter Akt zur Honoraraffäre

**Liestal.** Mit 13:0 Stimmen empfiehlt die Finanzkommission, ein Postulat für weitere Massnahmen im Nachgang zur Honoraraffäre als erfüllt abzuschreiben. Dies aufgrund des Verzichts der Regierungsräte auf Vertretungsgelder von 2013 bis 2015, neuer Public-Corporate-Governance-Richtlinien sowie einer Änderung des Dekrets zum Personalgesetz. Damit seien die Forderungen des Postulats erfüllt.